



Anfrage

Vorlage: AF/0015/2018		Datum: 05.02.2018	
Verfasser:	08-AfD-Ratsfraktion	Az.:	
Betreff:			
Anfrage der AfD-Ratsfraktion: Situation Bahnhofsvorplatz - Belästigungen von Bürgern in von Sparkasse Koblenz genutzten Räumlichkeiten			
Gremienweg:			
15.03.2018	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
	TOP	<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	öffentlich		<input type="checkbox"/> ohne BE
			<input type="checkbox"/> abgesetzt
			<input type="checkbox"/> geändert

Anfrage:

Bürger, insbesondere Frauen, berichten von Belästigungen (sexuelle Anspielungen, aufdringliches Fordern von Geld), denen Sie rund um die bzw. in der ehemaligen Filiale der Sparkasse durch Obdachlose bzw. Personen, die sich dort zum Verzehr von Alkohol treffen, ausgesetzt sind. Es besteht die Gefahr, dass sich insbesondere dieser Bereich des Bahnhofsvorplatzes langfristig zum Angst-raum entwickelt.

Wir fragen die Stadt:

1. Haben seitens der Stadt Gespräche mit der Sparkasse Koblenz, die diesen Raum nutzt (Bankautomaten), stattgefunden?
2. Wenn ja: Mit welchem Ergebnis?
3. Inwieweit zeigt das Ordnungsamt auf dem Bahnhofsvorplatz regelmäßig Präsenz?
4. Welche Maßnahmen sind generell geeignet, diese Situation zu verbessern?
5. Der Stadt wurden in der Vergangenheit immer wieder Vorkommnisse (Trinkgelage, Abspielen lauter Musik, lautstarke Pöbeleien, Belästigungen) berichtet, die Bürger und Gewerbetreibende stören und die Lebensqualität der dort verweilenden Bürger beeinträchtigen. Welche Maßnahmen wurden seitens der Stadt getroffen, um die Situation auf dem Bahnhofsvorplatz zu verbessern?
6. Werden diese Maßnahmen weiterhin ergriffen bzw. regelmäßig durchgeführt?
7. Wie fällt das Fazit hinsichtlich der Wirksamkeit der Maßnahmen aus?
8. Inwieweit wurde oder wird die Polizei bei diesen Maßnahmen regelmäßig miteinbezogen?
9. Blickt man auf die Parkraumbewirtschaftung und die intensive Kontrolle des ruhenden Verkehrs, so stellt sich die Frage, ob eine Umschichtung des Personaleinsatzes zu Gunsten der

Präsenz auf dem Bahnhofsvorplatzes möglich und sinnvoll sein könnte. Erwägt die Stadt eine derartige Veränderung des Personaleinsatzes? (Bitte begründen)

Die AfD-Ratsfraktion

Joachim Paul, Stellvertretender Vorsitzender, MdL